



Medienkonferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Nach dem 28. Februar: Einbürgerungsoffensive jetzt!

Bern, 29. Februar 2016

Nehmt euch eure Rechte – bürgert euch ein!

Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia

Gestern haben wir das Schlimmste abwenden können. Der breite Widerstand, der sich gegen die Durchsetzungsinitiative organisiert hat, war erfolgreich. Dass die Stimmberechtigten die fremdenfeindliche und unmenschliche SVP-Initiative abgelehnt haben, ist ein Sieg der Zivilgesellschaft.

Als Gewerkschaft setzen wir uns entschieden ein für gleiche Rechte unabhängig von Herkunft und Pass. Dieser Einsatz ist nötiger denn je, und wir werden unser Engagement dafür verstärken. Wenn wir heute eine Einbürgerungsoffensive einfordern, dann geschieht dies im Bewusstsein, dass es darüberhinaus andere Massnahmen braucht, um den Rechtsstaat und die Menschenrechte zu stärken.

Ich kenne viele Secondos, die sich nicht eingebürgert haben. Ich kenne viele Terceros, die keinen Schweizer Pass besitzen. Wenn wir über Heimat und Herkunft, über Wurzeln und Identität diskutieren, kenne und verstehe ich ihre Anliegen und Argumente: doppelte Zugehörigkeit, Zurückweisung, Verantwortung, Treue zu den Wurzeln. Oft heisst es: Was soll ich mich einbürgern, ich habe ja die C-Bewilligung und somit die wichtigen Rechte. Sie meinen, mal abgesehen vom Stimm- und Wahlrecht faktisch gleich gestellt zu sein. Doch das ist leider ein tragischer Trugschluss.

Zur Erinnerung nur zwei Tatsachen:

- Auch wenn die SVP-Initiative glücklicherweise abgelehnt worden ist: Mit der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative schuf das Parlament dennoch eine Zweiklassengesetzgebung, ein Sonderrecht für Menschen ohne Schweizer Pass.
- Mit der Infragestellung der Personenfreizügigkeit durch die Masseneinwanderungsinitiative ist die Rechts- und Aufenthaltssicherheit und auch die Bewegungsfreiheit von Hunderttausenden von Menschen in der Schweiz akut gefährdet. Es erschwert massiv ihre Lebensplanung in einer Welt, die immer stärker globalisiert ist.

Ein Freund hat mir einmal gesagt: „Ich habe mich einbürgern lassen, um wieder heim kommen zu können.“

Es gibt verschiedene Gründe, warum viele Secondos bisher davon absahen, die Einbürgerung zu verlangen: Loyalität gegenüber den Eltern und ihrer Herkunft, schikanöse und entwürdigende Hürden bei der Einbürgerungsprozedur (Stichwort Schweizermacher).

Auch unter uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gibt es viele Einheimische ohne Schweizer Pass. Ein Teil unserer Mitglieder betrachtet den Nationalstaat als überholtes Konzept, das es zu überwinden gilt. Das Wahrnehmen von Bürgerrechten auf nationaler Ebene ist für sie falsch oder zumindest nicht wichtig. Es sind politisch sehr aktive Kolleginnen und Kollegen, die

sich aus solchen Überlegungen nicht einbürgern lassen und ihre politischen Rechte nicht wahrnehmen.

Beim Einbürgern oder Nicht-Einbürgern geht es oft um Emotionen und Würde, oft spielen Stolz, aber auch Selbstschutz eine Rolle. Angesichts der neuen politischen und rechtlichen Situation sollten wir solche Gefühle zurückstellen. Klar soll niemand seine Wurzeln und Überzeugungen verleugnen. Aber gleichzeitig gilt es, die volle Bürgerschaft in der Schweiz anzustreben und wahrzunehmen. Die gleichen Rechte einzufordern und auszuschöpfen in diesem Land, in dem wir das ganze oder einen Grossteil unseres Lebens verbracht haben und verbringen. Kurz: Es braucht einen Befreiungsschlag!

Werden wir sachlich und wägen vernünftig ab: Es geht darum, die eigenen Rechte einzufordern und Verantwortung wahrzunehmen, dabei geht es auch um Selbstschutz. Dieser Selbstschutz ist je länger je mehr nötig, wie die unsägliche SVP-Initiative gezeigt hat. Am besten schützt sich, wer sich seine Rechte holt, wenn er oder sie abstimmen und wählen kann.

Deshalb werden wir versuchen, die Eltern zu motivieren, ihre Kinder trotz der mühsamen Hürden einzubürgern. Wir müssen versuchen, die Jugendlichen selbst dafür zu gewinnen, den Schweizer Pass zu verlangen. Vor allem müssen wir Druck aufbauen auf Bund, Kantone und Gemeinden, die Hürden zu senken, die Verfahren flexibel zu handhaben und in der Schweiz eine echte Willkommenskultur zu etablieren. Eine politische Willkommenskultur gegenüber denjenigen, die schon lange in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen sind oder gar in sie hineingeboren wurden.

Denn es ist im ureigensten Interesse eines sich als Demokratie verstehenden Gemeinwesens, möglichst alle Bewohner und Bewohnerinnen als mündige, aktive Bürger und Bürgerinnen zu gewinnen. Die Schweiz hat heute sehr strenge Einbürgerungsregeln und je nach Gemeinde unterschiedliche Einbürgerungsverfahren. Es sollte ihr wenigstens ein Anliegen sein, dass sich möglichst viele, welche die strengen Kriterien erfüllen, auch tatsächlich einbürgern lassen und die Bürgergesellschaft stärken. Statt Behördenwillkür und Ressentiments braucht es dazu fairere und einfachere Verfahren.

Von wie vielen Menschen reden wir? Rund ein Viertel der ständigen Wohnbevölkerung hat keinen Schweizer Pass. Diese sogenannten Ausländer sind oft schon hier geboren, sind hier zuhause. Sie sind Einheimische ohne Schweizer Pass. Wir können davon ausgehen, dass über 900'000 Menschen die Kriterien für eine Einbürgerung erfüllen.¹ Dass sie bisher noch keinen Pass beantragt haben, ist ein Armutszeugnis für unsere Demokratie.

Was tun? Ideen und Möglichkeiten gibt es viele. Viele sind mit wenig Aufwand und einfach umzusetzen. Ein gutes, pragmatisches Beispiel aus dem Kanton Basel-Stadt: Hier sollen junge Ausländerinnen und Ausländer, die schon immer in der Schweiz gelebt haben, in den Genuss einer vergünstigten Einbürgerung kommen: Beantragen sie vor dem 19. Geburtstag den Schweizer Pass, soll ihnen ein Teil der Einbürgerungsgebühren erlassen werden. Oder das Beispiel von Zürich: Hier hat die Zahl der Einbürgerungen zugenommen, nachdem die Gebühren gesenkt wurden.

¹ Ende 2010 wurden fast 896'000 Ausländer/innen in der Schweiz gezählt, welche entweder 12 Jahre Wohnsitzdauer haben (600'000 sind im Ausland und 179'000 in der Schweiz geboren), oder seit weniger als 12 Jahren in der Schweiz leben, aber eine genügend lange Aufenthaltsdauer zwischen dem 10. und dem 20. Altersjahr aufweisen, um 12 Jahre angerechnet zu erhalten (unter Berücksichtigung der doppelten Anrechnung dieser Jahre erfüllen rund 117'000 Personen dieses Kriterium). Quelle: Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM, „Einbürgerungslandschaft Schweiz“, 2012

Eine weitere Möglichkeit wäre eine gezielte Informationsoffensive seitens der Behörden. Warum fordern sie nicht auf: „Ihr gehört zu uns, wir setzen auf eure Teilnahme.“? Solche tatkräftigen Signale und Massnahmen, eine derartige Einbürgerungsoffensive hätten ein Ziel: die Stärkung unserer Demokratie.

Wie weiter:

- Zuerst werden wir eine breite Diskussion in unseren eigenen Reihen über Adressaten, Inhalt und Formen einer solchen Kampagne führen.
- Parallel dazu suchen wir den Dialog mit allen zivilgesellschaftlichen Kräften, die an einer gemeinsam geführten Offensive interessiert sind. Dazu gehört der Dialog mit den vielen Vereinen und Organisationen der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz, um die besten Wege zu definieren, um wirksam an unser Ziel zu kommen.
- Schliesslich geht es um Gespräche und Vorstösse gegenüber Politik und Behörden auf allen Ebenen.

Weitere Informationen:

Vania Alleva, Präsidentin der Unia, 079 620 11 14